

## **„CDU-Verbände fordern umfassende Reformen in der Bildungsfinanzierung“**

CDU-Organisationen fordern eine Reform des Bafög, um Bildungsungleichheit zu verringern und einen nationalen Bildungsfonds zu schaffen.

In einer Zeit, in der finanzielle Belastungen für junge Menschen immer drängender werden, fordern die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die Junge Union (JU) sowie der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) eine umfassende Reform des Bafög und der Bildungsfinanzierung in Deutschland. Ihr Ziel ist es, den Zugang zu Bildung für alle zu verbessern und die soziale Ungleichheit im Bildungssystem zu verringern.

### **Die Belastungen für Studierende**

Die aktuellen finanziellen Rahmenbedingungen, insbesondere die unzureichenden Anpassungen des Bafög, führen dazu, dass viele junge Menschen vor der Entscheidung stehen, ob sie ein Studium aufnehmen können oder nicht. Lukas Honemann, Bundesvorsitzender des RCDS, beschreibt die Situation eindrücklich: „Bildung in Deutschland ist unterfinanziert. Die mangelhafte Bafög-Erhöpfung der Ampel verschärft soziale Ungleichheit.“ Dies ist besonders besorgniserregend, da Bildung als Schlüssel zu sozialem Aufstieg angesehen wird.

### **Wachstumspotenzial der Wirtschaft gefährdet**

Die Bildungspolitik hat nicht nur Auswirkungen auf Einzelne, sondern auch auf die Volkswirtschaft im Ganzen. Die Autoren

des Beschlusspapiers betonen, dass das Wachstumspotenzial der Wirtschaft durch die finanziellen Hürden, denen sich junge Menschen gegenübersehen, zunehmend gefährdet ist. Wenn weniger Studierende ein Studium annehmen, leidet die Qualifikation des zukünftigen Arbeitsmarktes.

## **Forderung nach regionalen Anpassungen**

Ein zentrales Anliegen der Initiatoren ist die Einführung eines Wohnort-Zuschlags, um den regionalen Unterschieden bei den Lebenshaltungskosten gerecht zu werden. Die aktuelle Inflationssituation hat gezeigt, dass die bisherigen Bedarfssätze des Bafög nicht an die steigenden Kosten angepasst wurden, was die finanzielle Belastung für Studierende weiter erhöht.

## **Ein nationaler Bildungsfonds als Lösungsansatz**

Um die Bildungsfinanzierung nachhaltig zu verbessern, plädieren die drei Gruppierungen für die Schaffung eines nationalen Bildungsfonds. Dieser soll allen Bürgerinnen und Bürgern unabhängig von ihrem Einkommen während ihrer Ausbildung, ihres Studiums oder ihrer Weiterbildung finanzielle Unterstützung bieten. Der Betonung liegt auf einem Modell, bei dem die erhaltenen Mittel nach Abschluss der Ausbildung zurückgezahlt werden müssen.

## **Die Zukunft der Bildungsfinanzierung**

Zusätzlich zu einem Bildungsfonds wird gefordert, dass mehr Stipendien von staatlichen und privaten Institutionen zur Verfügung gestellt werden, die unbürokratische Kriterien erfüllen und regelmäßig an die Inflation angepasst sind. Dies könnte helfen, die finanzielle Belastung zu senken und junge Menschen weiter zu ermutigen, ihre Bildungschancen zu nutzen.

Das zweiseitige Papier, das der Deutschen Presse-Agentur

vorliegt, wird voraussichtlich auch in das kommende Bundestagswahlprogramm der CDU einfließen. Der Fokus auf Bildungsfinanzierung könnte sich als zentrale Herausforderung in der politischen Agenda der kommenden Jahre herausstellen. Die Notwendigkeit einer Reform ist offensichtlich, und die Verantwortlichen sind gefordert, Lösungen zu finden, die den Bedürfnissen der jungen Generation gerecht werden.

Details

**Besuchen Sie uns auf: [n-ag.de](https://www.n-ag.de)**